



DIE LAGE DER LGBT-COMMUNITY IN DER UKRAINE

■ ANALYSE		
	Nach dem KyivPride: Die LGBT-Community des Landes setzt ihre Hoffnungen auf Europa Von Conrad Breyer, München	2
■ UMFRAGE		
	Einstellung zu Homosexualität	7
■ INTERVIEW		
	LGBT und die ukrainische Politik Interview mit Andrij Majmulachin und Aleksandr Zintschenkow von der LGBT-Organisation »Nash Mir«, Kiev	9
■ CHRONIK		
	Vom 25. Juni bis 24. September 2013	12



Nach dem KyivPride: Die LGBT-Community des Landes setzt ihre Hoffnungen auf Europa

Von Conrad Breyer, München

Zusammenfassung

Im Mai dieses Jahres konnten Aktivist*innen der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender (LGBT)-Szene in der Ukraine erstmals auf die Straße gehen, um für ihre Rechte zu demonstrieren. Der KyivPride mit seinem »March of Equality« war ein historischer Schritt für die LGBT-Bewegung im Land. Die ukrainische Gesellschaft ist mehrheitlich homophob; seit dem KyivPride besteht jedoch berechtigte Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation. Allerdings wird vieles davon abhängen, ob die Regierung im November tatsächlich wie geplant das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen kann.

Der KyivPride – 350 Meter für gleiche Rechte

Leicht erkämpft war dieser Sieg nicht. Zum Ort des Geschehens kamen die Demonstranten in Polizeibussen; zwischen dem Zaun des Puschkin-Parks auf der einen und den Stoßstange an Stoßstange parkenden Polizeibussen auf der anderen Seite bezogen die etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Stellung – in Fünferreihen, mit Regenbogenfahnen und Transparenten bewaffnet, eingekesselt von bis zu 1000 Polizisten. Draußen, für die Demonstranten unsichtbar, standen die Gegner, orthodoxe Christen und Nationalisten, etwa 1000 von ihnen. Unsichtbar, aber vernehmbar. Freien Zugang hatte nur die Presse.

Die ukrainische Polizei hat ihren Job an diesem Tag gut gemacht. Die 350 Meter Strecke konnten die Demonstranten fast unbehelligt ablaufen. Kleine Zwischenfälle gab es wohl, Homo-Gegner hatten sich als Journalisten eingeschleust, eine Rauchbombe kam von oben. Eine Stunde dauert das Ganze, dann war Schluss. Wie die Hinfahrt hatte die ukrainische Polizei auch den Abtransport perfekt organisiert. Eine einstündige Irrfahrt durch die Stadt schüttelte nach dem »March of Equality« alle potenziellen Gegner ab.

Ein historischer Schritt für die LGBT-Bewegung

Am 25. Mai 2013 hat in der Ukraine, das im Jahre 1991 als erstes postsowjetisches Land Homosexualität (unter Männern) entkriminalisierte, erstmals erfolgreich ein Gay-Pride stattgefunden. Mit dem Gay-Pride feiern Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender einmal im Jahr überall auf der Welt den Tag, an dem sich Homosexuelle in der New Yorker Schwulenbar »Stonewall« zum ersten Mal gegen die Razzien der örtlichen Polizei zur Wehr setzten. Das war 1969. Die Unruhen damals nahmen in der Christopher Street ihren Ausgang, weshalb der Pride in Deutschland Christopher Street Day heißt oder kurz »CSD«.

Der Kiewer »CSD« dieses Jahres ist als historisch einzustufen. Erstmals konnten Lesben-, Schwulen- und Trans-Aktivistinnen und -Aktivisten aus dem In- und Ausland für ihre Rechte öffentlich und – dank der 60 Pressevertreter*innen – auch einigermaßen sichtbar eintreten. Das Motto lautete »Human Rights are my Pride«. Es ging um Gleichstellung, den Schutz vor Diskriminierung und Homophobie, Abbau von Vorurteilen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Dieser Erfolg ist nicht selbstverständlich in einem Land, in dem Übergriffe gegen Homosexuelle zum Alltag gehören und dessen Parlament – nach russischem Vorbild – über das Verbot so genannter Gay-Propaganda diskutiert – das Gesetz liegt nach der ersten Lesung vom 2. Oktober 2012 zurzeit auf Eis.

Negative Einstellung gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender

Ein erster Versuch, einen Gay-Pride zu veranstalten, war im Vorjahr gescheitert. Die Polizei weigerte sich, die etwa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor den rund 750 Gegnern zu schützen. Gekommen waren Nationalisten, Vertreter*innen der orthodoxen Kirche, Kosaken-Verbände. Drei Aktivisten wurden im Nachgang krankenhauserreif geprügelt – einer vor laufender Kamera. Bis heute hat die Polizei die Täter nicht gefasst.

Homophobie ist in der Ukraine salonfähig. Nur wenige Menschen »hassen« Lesben und Schwule wirklich; die meisten aber schließen sich still der Mehrheitsmeinung an. Einer Umfrage der LGBT-Organisation Nash Mir aus dem Jahre 2010 zufolge sind 72 Prozent aller Ukrainer*innen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender gegenüber negativ eingestellt. Gegen gleichgeschlechtliche Ehen wenden sich laut einer Erhebung des Gorshenin-Instituts 48 Prozent der Bevölkerung. Und nach einer Umfrage der Online-Zeitschrift Objective sind 63 Prozent der Ukrainer*innen durchaus dafür, Propaganda für »Homosexualismus« zu unterbinden.

Homosexualität gilt vielen bis heute als Krankheit, Perversion, als westliche Mode. Im Internet versuchen rechtsradikale Gruppierungen (z. B. »Occupy Pedofilya«) schwule Männer umzuerziehen. Homosexualität ist für sie gleichbedeutend mit Pädophilie: Wie in Russland vereinbaren sie über Kontaktbörsen Treffen, bedrohen oder verprügeln ihre Opfer, filmen die Szene und stellen die Videos zur Abschreckung ins Netz. Die ukrainische Polizei nutzt übrigens ähnliche Methoden, um von schwulen Männern Geld zu erpressen. Gefilmt wird freilich nicht. Eine Verfolgung seitens der Behörden findet in den meisten Fällen nicht statt.

Eine sexuelle Revolution hat in der Ukraine nie stattgefunden, die Gesellschaft ist patriarchalisch geprägt; Sexualität, erst recht Homosexualität sind Tabuthemen. Dass sexuelle Orientierung und Gender-Identität nichts sind, worüber Menschen frei verfügen können, wissen die meisten nicht. Der Begriff »Homosexualismus« weist darauf hin: In der Wahrnehmung vieler Menschen ist die sexuelle Orientierung ähnlich der politischen Anschauung frei wählbar. Schätzungsweise sind in der Ukraine wie in allen anderen Ländern der Welt zwischen zwei und zehn Prozent der Bevölkerung lesbisch, schwul, bisexuell oder transident. Nash Mir spricht von 800.000 bis 1,2 Millionen Menschen; davon leben 100.000 bis 200.000 in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Lesben und Schwule stehen jetzt auf der Agenda

Organisiert hatten den KyivPride mit seinem March of Equality 15 der wichtigsten LGBT-Gruppen im Land – zusammengeschlossen im KyivPride 2013 Organizing Committee – zusammen mit Amnesty International. Vertreter*innen von Human Rights Watch, Freedom House und den EU-Botschaften haben den Demonstrationszug beobachtet, mit Marije Cornelissen nahm eine EU-Parlamentarierin teil. Auch eine Delegation aus Kiews Partnerstadt München war vor Ort, angeführt von Bürgermeister Hep Monatzeder.

Möglicherweise ist es der Beteiligung aus dem Ausland zu verdanken, dass sich das ukrainische Innenministerium gezwungen sah, die Polizei nachdrücklich zum Schutz der Veranstaltung zu verpflichten. Gerade die Botschaften der EU-Länder haben Druck gemacht. Ein erneutes Scheitern des KyivPride hätte nicht zu den europäischen Ambitionen der Regierung gepasst. Das Land will im November beim Gipfel der »Östlichen Partnerschaft« in Vilnius das viel beachtete Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen. Dem Land bringt es unter anderem eine Freihandelszone. Analysten erwarten, dass das jährliche Handelsvolumen zwischen der Ukraine und der EU von derzeit 40 Millionen Euro um mehr als das Doppelte steigen wird. Die

EU sagte der Ukraine außerdem Kredite in Höhe von 610 Millionen Euro zu.

Der KyivPride 2013 hat vieles verändert – die Berichterstattung ist an erster Stelle zu nennen. Über den March of Equality haben die ukrainischen Medien neutral bis wohlwollend geschrieben; das ist ein Novum. Und so mancher Leser zeigte sich in den Kommentarspalten unter den mehrheitlich im Internet veröffentlichten Artikeln überrascht darüber, wie »normal« Lesben und Schwulen daherkommen. Die Gegner hingegen kamen schlecht weg; zu aggressiv war ihr Auftreten.

Auch im Ausland, allen voran in der Europäischen Union, dürften die Berichte aus Kiew verfangen haben. Beweist die ukrainische Regierung damit doch, dass es möglich ist, auf ihrem Terrain für Menschenrechte einzutreten und dass der Staat gewillt ist, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von Minderheiten zu schützen. Schon in den Wochen davor waren im ganzen Land so genannte Flashmobs gelungen, mit denen LGBT-Aktivist*innen rund um den 17. Mai, dem International Day Against Homophobia (IDAHO), auf die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender aufmerksam gemacht haben. Meist ließen sie regenbogenfarbene Luftballons steigen. Die Polizei hat die Aktionen gesichert – auch hier war die Rede von einem »Deal«. Die Polizei schützt – aus politischem Interesse.

Unterstützung auf höchster Ebene

Präsident Wiktor Janukowytsch hat es sich denn auch nicht nehmen lassen, die ukrainische LGBT-Bewegung öffentlich für ihr zivilgesellschaftliches Engagement zu loben. Dieses Statement gleicht einer Sensation, denn zuvor hat sich – so dezidiert positiv – auf staatlicher Ebene noch niemand zum Thema geäußert. Auch Walerija Lutkowska, die Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments, setzte sich lautstark dafür ein, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender gesetzlich besser zu schützen. Auch das ist eine erstaunliche Neuerung: Ihre Vorgängerin, Nina Karpachova, hatte noch zu Protokoll gegeben, sie könne die »negative Haltung der ukrainischen Gesellschaft diesen Leuten gegenüber« nicht ignorieren.

Ukrainische LGBT-Aktivist*innen nehmen die Veränderungen auf höchster Ebene wohl wahr, bewerten sie aber sehr vorsichtig. Janukowytsch, sagen sie, brauche für seine Wiederwahl 2015 den außenpolitischen Erfolg, weil es im Land so viele Probleme gebe: Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich zunehmend. Das Assoziierungsabkommen mit der EU habe für den Präsidenten deshalb oberste Priorität. Niemand glaubt, dass Janukowytsch über Nacht plötzlich zum Lesben-

und Schwulenfreund geworden ist. Er betreibe vielmehr »Pink Washing«, auch um vor anderen Menschenrechtsverletzungen im Land abzulenken, allen voran der politisch motivierten Inhaftierung Julia Timoschenkos, Vorsitzende der oppositionellen Vaterlands-Partei (Batkivshchyna). Es heißt auch, Janukowytsch werde in keinem Falle das Propaganda-Gesetz unterzeichnen, sollte das Parlament es verabschieden.

Keine Fürsprecher im Parlament

Wie glaubwürdig ist Janukowytsch also, wie mächtig oder schwach? Was ist Kalkül, worauf hat der ukrainische Präsident keinen Einfluss? Im Mai haben er und seine Regierung es jedenfalls nicht geschafft, das von der EU geforderte Anti-Diskriminierungsgesetz im Parlament durchzusetzen, obwohl seine Partei der Regionen die Regierungskoalition mit der Kommunistischen Partei anführt: Sie setzte die Debatte über das Gesetz nach Protesten homophober Gruppen vor dem Parlament aus. Anfang September, als die Werchowna Rada nach der Sommerpause wieder zusammentrat, gab es erneut Demonstrationen.

Das neue Anti-Diskriminierungsgesetz soll im Arbeitsrecht für eine Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer sorgen, unabhängig von Alter, Behinderung, Familienstand, Nationalität, Rasse, Religion, Geschlecht und auch – sexueller Orientierung. Arbeitgeber, die dagegen verstoßen, müssen Strafe zahlen, gar Gefängnis fürchten. Für die EU ist das Gesetz eine Bedingung für das Assoziierungsabkommen, auch für die VISA-Erleichterung, aber die Parteien der Werchowna Rada stehen nicht dahinter. Heorhiy Smitiukh, Abgeordneter der Partei der Regionen, wettete erst kürzlich wieder gegen das »skandalöse« Gesetz, das nicht im Einklang stehe mit den »traditionellen Werten« der Ukraine.

In der ukrainischen Politik haben Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender selten Fürsprecher*innen. Die Gegner*innen waren dagegen schon immer laut: So haben alle Parteien, ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition, am 2. Oktober vergangenen Jahres für das Gesetz gegen so genannte Gay-Propaganda gestimmt. Der Entwurf verbietet jedwede positive Information über Homosexualität, sei es in der Öffentlichkeit oder in den Medien, und bestraft ein Zuwiderhandeln mit bis zu fünf Jahren Haft. Dem Gesetzesentwurf hat damit in erster Lesung auch die Vaterlands-Partei Timoschenkos zugestimmt, die sich gerne liberal, jedenfalls pro-europäisch gibt – und das obwohl die Menschenrechtsbeauftragte des Parlaments davon abgeraten hatte. Das Gesetz widerspreche nämlich nicht nur der europäischen Menschenrechtskonvention, der sich die Ukraine verpflichtet hat, sondern auch der Verfassung des Landes.

Enttäuschung UDAR

Nach den Wahlen vom 28. Oktober 2012 ist mit UDAR eine weitere Partei in die Volksvertretung eingezogen, die sich »europäischen« Werten verpflichtet fühlt. Ihr Führer, der Box-Weltmeister Witalij Klitschko, äußert sich in der ausländischen Presse gerne pro-LGBT, in der Ukraine hält er sich eher zurück. Klitschko hat die – zugegebenermaßen hohen – Erwartungen seiner lesbischen Wählerinnen und schwulen Wähler enttäuscht, zumal er mit Swoboda (»Freiheit«) kooperiert, einer nationalistischen und dezidiert homophoben Partei, deren Schlägertrupps gezielt Demonstrationen von LGBT-Aktivist*innen sprengen, Teilnehmer*innen angreifen und sich öffentlich dazu bekennen. Auch Swoboda sitzt seit dem 28. Oktober neu im Parlament (zu Swoboda s. [Ukraine-Analyse Nr. 117](#)).

Umso bemerkenswerter ist es vor diesem Hintergrund, dass gleich zwei Parlamentsausschüsse ihre Stimme gegen das geplante Anti-Gay-Propaganda-Gesetz erhoben haben. Der Gesundheits-Ausschuss hatte sich zuvor von HIV/AIDS-Experten aus dem Ausland und ukrainischen LGBT-Organisationen beraten lassen, die Projekte zur HIV-Prävention im Land betreuen. Der Ausschuss für Meinungs- und Informationsfreiheit beklagte mehrheitlich die Einschränkung eben der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die ein solches Gesetz zur Folge hätte.

Russland gibt ein schlechtes Beispiel

Im Moment halten sich die meisten Abgeordneten mit Statements zum Thema zurück. Sie wollen mit LGBT-freundlichen Äußerungen ihre Wähler nicht verprellen, in der EU mit gegenteiligen Aussagen aber auch nicht als homophob auffallen. Das gilt vor allem für die Partei der Regionen, aber auch die Oppositionspartei Batkiwshchyna. UDAR fordert vorsichtig westliche Standards. In ihrer homophoben Position einig sind sich Swoboda und die Kommunisten, deren Vorbild in Sachen Homosexuellen-Gesetzgebung Russland ist. Beobachter gehen davon aus, dass die Parlamentarier das von der EU geforderte Anti-Diskriminierungsgesetz im Herbst möglichst diskret verabschieden, zumindest aber das Gesetz gegen Gay-Propaganda nicht weiterverfolgen.

Dass Russland mit schlechtem Beispiel vorangeht, ist dafür übrigens von Vorteil. Die homophobe Gesetzgebung des Landes – die Staatsduma hatte im Juni nach dritter Lesung landesweit Werbung für Homosexualität verboten – führte zu internationalen Protesten und Boykottaufrufen, vor allem in Hinblick auf die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi. Der Handelskrieg, den Russland im August gegen die Ukraine angezettelt hat, um sie doch noch in die russisch dominierte Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan zu zwingen,

machte den Nachbarn in der Bevölkerung noch weniger zum Vorbild. Das ging soweit, dass der ehemalige Innenminister des Landes, Jurij Lutsenko, sagte, man wolle lieber jedes Jahr einen Gay-Pride veranstalten als täglich Panzer aus Moskau fürchten. Lutsenko war unter Timoschenko Innenminister und bis zu seiner Begnadigung durch Präsident Janukowytsch im Frühjahr dieses Jahres ebenfalls aus politischen Gründen inhaftiert.

Ob es wirklich gelingt, das Parlament zu einem LGBT-freundlichen Kurs zu bewegen, lässt sich ob der vielen Widersprüche in der ukrainischen Politik, die auf der anderen Seite viele Spielräume lassen, nicht sicher sagen. Groß ist der Druck nationalistischer Gruppen und der orthodoxen Kirche, die sich auf eine latent homophobe Gesellschaft stützen. Letztlich hat aber der Erfolg des KyivPride gezeigt, dass mit politischem Willen vieles zu erreichen ist. Weder die Kirche noch die Nationalisten waren einflussreich genug, den »March of Equality« zu verhindern. Die Störer der Swoboda haben den Demonstrationenzug nicht einmal gefunden, irrten eine Stunde durch die Stadt, bewarfen die Teilnehmer*innen eines Radrenn-Parcours in der Innenstadt mit Eiern, weil sie die Radler*innen fälschlicherweise für Teilnehmer*innen des Gay-Pride hielten. Der kuriose Fall zeigt ganz klar: Swoboda sollte den Ort nicht finden, an dem der »March of Equality« stattfand.

Die LGBT-Community wächst zusammen

Verlassen können sich die LGBT-Aktivist*innen im Land auf den guten Willen seitens der Politik natürlich nicht. Weiterhin ist es unabdingbar, sichtbar und bestimmt für die Rechte (nicht nur) der sexuellen Minderheiten einzutreten – mit Demonstrationen, aber auch Konferenzen, Workshops, kulturellen Veranstaltungen. Dafür muss die Szene noch zusammenwachsen – nicht nur auf Aktivist*innen-Ebene.

Eine Handvoll großer LGBT-Organisationen gibt es in der Ukraine – auf nationaler wie regionaler Ebene. Sie heißen Avante (Lviv), Donbass Soz Projekt (Donetsk), Fulcrum (Kiew), Gay Alliance (Kiew), Gay Alliance Ukraine (Kiew), Gay Forum Ukraine (Kiew), Gender Z (Zaporozhye), Insight (Kiew), Liga (Nikolaev), Nash Mir (Kiew), New Wave (Kherson), Partner (Odessa), um nur die wichtigsten zu nennen. Viele Kiewer Gruppen haben zudem Dependancen in den Regionen. Die Organisationen ergänzen sich in ihren Aufgaben, stehen aber häufig auch in Konkurrenz zueinander. Es ist ein Wettbewerb um die besten Ideen, der für den Kampf um Gleichberechtigung indes hinderlich sein kann. Die Vereinigung in der landesweiten Dachorganisation, dem Council of LGBT Organizations of Ukraine, einer Art LGBT-Rada, ist ein sinnvoller Schritt.

Gleichzeitig müssen die Aktivistinnen und Aktivist*innen all diejenigen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender hinter sich bringen, die nicht politisch engagiert sind. Das ist nicht leicht, denn die meisten leben versteckt und unerkannt, manche sind zum Schein verheiratet oder teilen mit ihren Partnern eine »Wohngemeinschaft«.

Der KyivPride – ein Import aus dem Westen

Die Tatsache, dass der »March of Equality« am 25. Mai dieses Jahres – aus Sicherheitsgründen – nur für registrierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Reihen der Aktivist*innen offen war, hat den Veranstaltern viel Kritik aus der LGBT-Community eingebracht. 2014 soll der Gay-Pride deutlich größer werden, offen für alle und das mitten in der Innenstadt. Nach dem Erfolg 2013 dürften sich viele »unorganisierte« Lesben, Schwulen und Transgender ermutigt fühlen mitzulaufen.

Die Mobilisierung der Community wird die wichtigste Aufgabe, obwohl die Organisator*innen mit der Pride-Week eine Woche vor dem eigentlichen Pride schon in diesem Jahr einiges dafür getan haben. Mit Empfängen, Ausstellungen, einer Podiumsdiskussion, einem Filmfestival und Partys lockten sie die breite Community an. Ob die Stadt Kiew 2014 einen so offenen Gay-Pride mitträgt, ist unklar. In diesem Jahr hat sie die Parade – per Gerichtsbeschluss – aus der Innenstadt verbannt. Stattfinden aber wird der KyivPride 2014, davon gehen alle Beobachter aus. Hinter das Erreichte könne keiner der Beteiligten mehr zurück.

Ohne Unterstützung aus dem Ausland geht es dabei nicht – auch dafür müssen sich die Pride-Macher*innen allerdings immer wieder kritisieren lassen. Homo-Gegner werten dies gemeinhin so, als sei Homosexualität ein Import aus dem Westen. Selbst in der Lesben-, Schwulen- und Trans-Szene sind vereinzelt Stimmen zu hören, den Pride-Organisator*innen gehe es nur ums Geldverdienen und gute Eigen-PR. Der Sache sind Ignoranz und Neid-Debatten nicht dienlich: Ohne die finanzielle Hilfe der schwedischen und norwegischen EU-Botschaften hätte der KyivPride in diesem Jahr nicht stattfinden können. Ukrainische Unternehmen und staatliche Institutionen stehen LGBT-Veranstaltungen nach wie vor skeptisch gegenüber. Die Veranstalter*innen des KyivPride haben sich deshalb gar nicht erst um deren finanzielle Beteiligung bemüht.

Die Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Ausland ist für die LGBT-Community in der Ukraine zur Zeit noch immens wichtig. Von deutscher Seite aus zum Beispiel unterstützen in Kiew die Deutsche Botschaft, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ und die Heinrich-Böll-Stiftung mit Expertise und Fördermitteln kulturelle Aktionen, Beratungsprojekte und

Aufklärungskampagnen der Szene in der Ukraine. Speziell für Kiew ist die Partnerstadt München und deren LGBT-Community eine Kooperation mit der Szene vor Ort eingegangen.

Hoffnung Europa

Seit Jahren verschlechtert sich die Einstellung der Ukrainerinnen und Ukrainer gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender, möglicherweise verstärkt durch Wirtschaftskrise und politische Instabilität. Nach dem Erfolg des KyivPride 2013 ist eine Veränderung im positiven Sinne nun zum ersten Mal greifbar. Für eine Verbesserung der Situation sind viele Faktoren wichtig: Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender müssen sich ihre Rechte selbstbewusst erkämpfen, dafür müssen sie noch besser zusammenarbeiten und die Community

mobilisieren. Die Unterstützung aus dem Ausland darf nicht abreißen: Es geht um Fördermittel, Austausch von Expertise, Solidarität. Das allein aber reicht nicht: Vieles hängt jetzt vom Europäisierungskurs der Ukraine ab.

Unterzeichnen die Ukraine und die EU in November in Vilnius das Assoziierungsabkommen, wird sich nach Meinung vieler Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten ein Wertediskurs anschließen. Die Ukraine wird sich an ihrer Zugehörigkeit zur europäischen Wertegemeinschaft immer wieder messen lassen müssen; für die Minderheiten im Land kann das nur von Vorteil sein. Intensiviert die Ukraine jedoch die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der eurasischen Zollunion, wird sich die Situation für Lesben, Schwule und Transgender nur schwer erleichtern lassen.

Über den Autor:

Conrad Breyer koordiniert von München aus für die CSD München GmbH die Partnerschaft zwischen KyivPride und dem CSD München. Er ist außerdem Mitglied der Kontaktgruppe Munich Kiev Queer, die die Zusammenarbeit zwischen den LGBT-Communities in Kiew und München koordiniert, und Pressereferent des Münchner Schwulenzentrums Sub. Hauptberuflich arbeitet Conrad Breyer als Redakteur und freier Journalist.

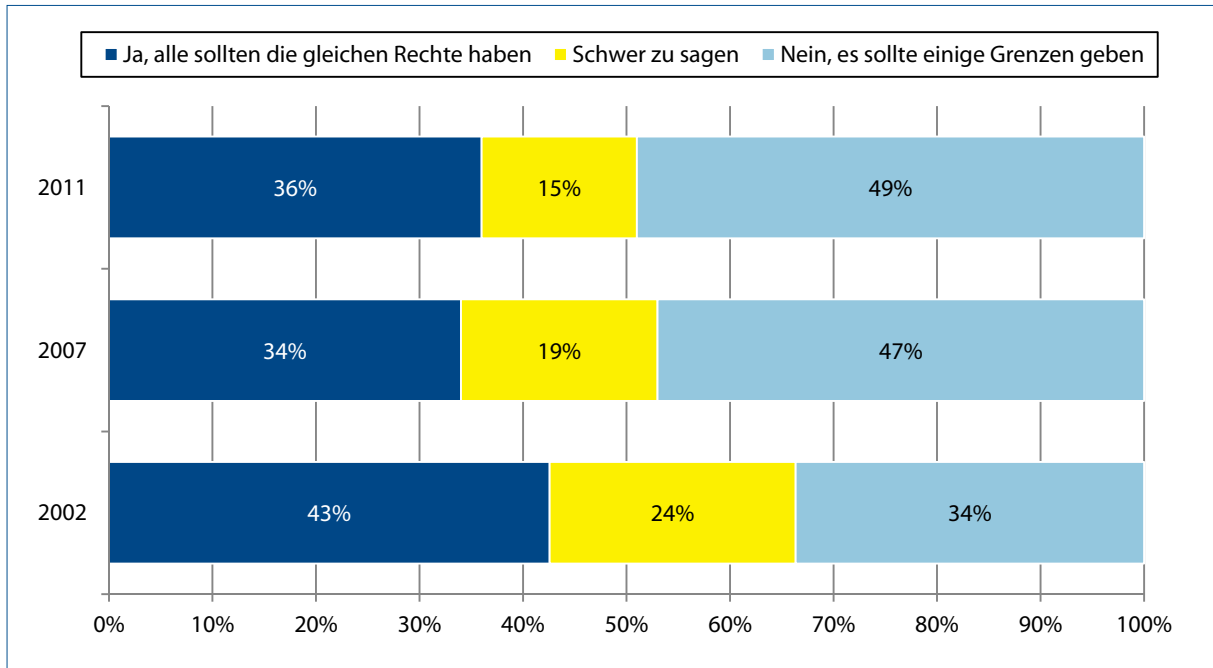
Lesetipps:

- LGBT Vector of Ukraine. The Situation of LGBT in Ukraine (November 2011 – 2012). Council of LGBT Organisations of Ukraine/Nash Mir (Our World) Gay & Lesbian Centre, Kyiv, 2013.
- Cathrin Kahlweit, Süddeutsche Zeitung: »Gefährliche Küsse«. <http://www.sueddeutsche.de/leben/homosexualitaet-in-der-ukraine-gefaehrliche-kuesse-1.1658092>
- Silke Lode, Süddeutsche Zeitung: »Zwanzig Minuten Anerkennung« <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/christopher-street-day-parade-in-kiew-zwanzig-minuten-erkennung-1.1682814>
- Christopher J. Miller, KyivPost: »LGBTI community, human rights activists look to EU-Ukraine deal for hope« <http://www.kyivpost.com/guide/all/lgbti-community-human-rights-activists-look-to-eu-ukraine-deal-for-hope-328653.html>

UMFRAGE

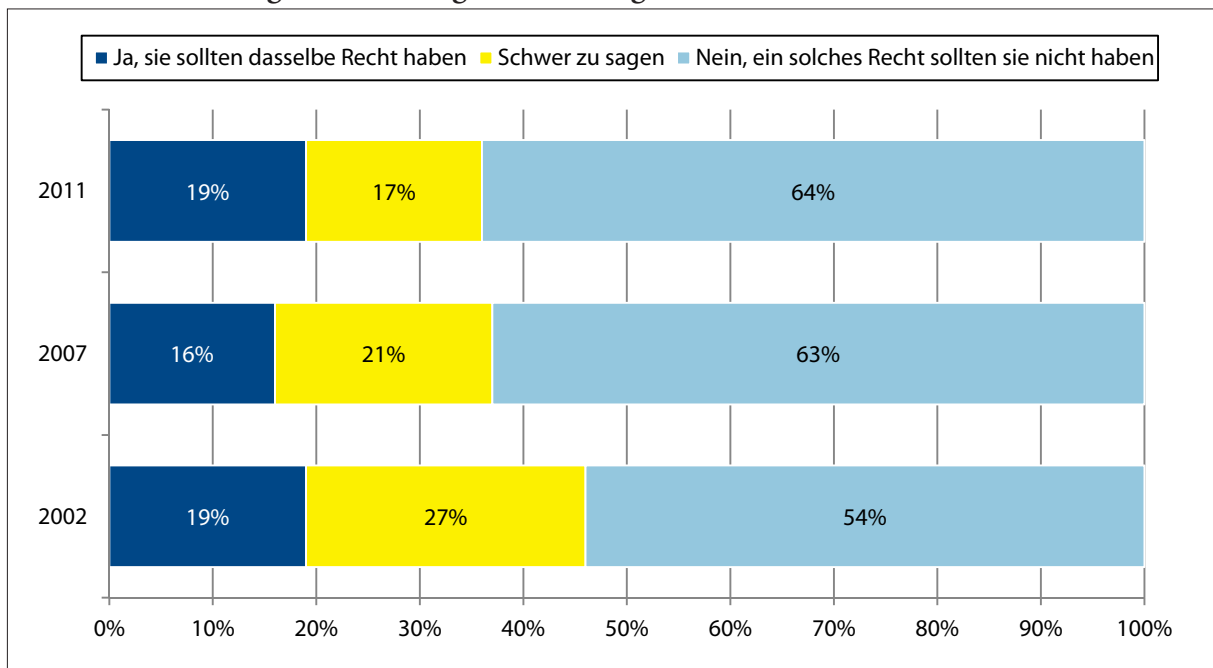
Einstellung zu Homosexualität

Grafik 1: Sollten Ihrer Meinung nach homosexuelle Bürger der Ukraine dieselben Rechte genießen wie andere Staatsbürger?



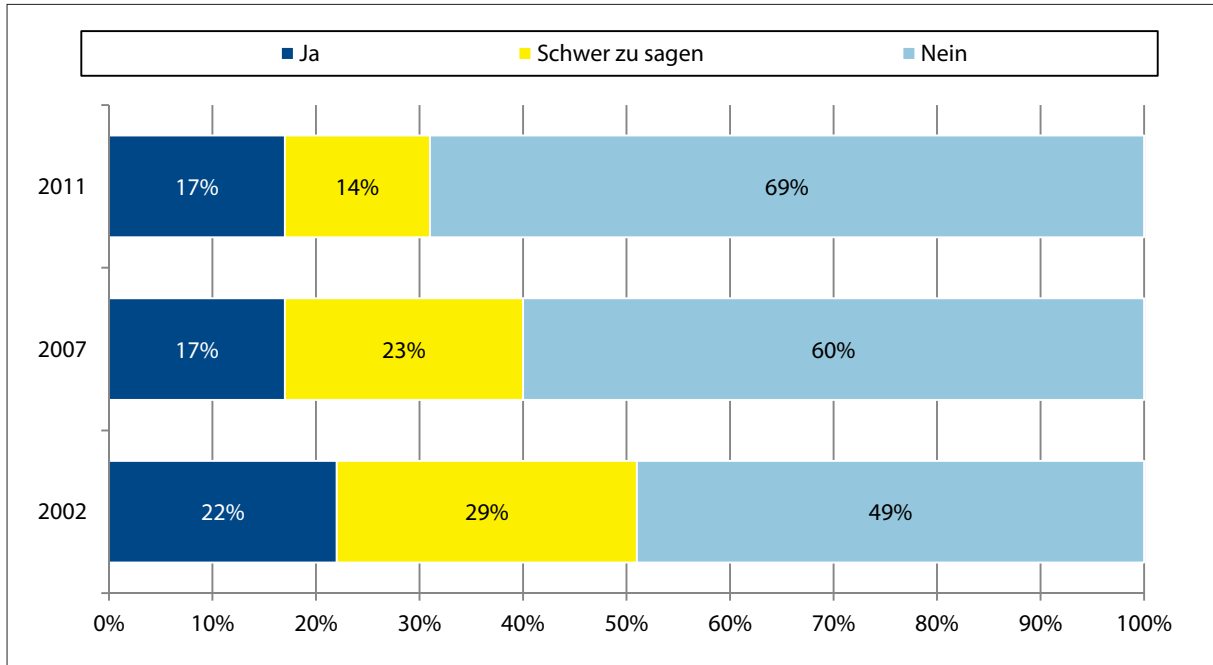
Quelle: Repräsentative Umfrage der Organisation »Nasch Mir«, <http://www.gay.org.ua>

Grafik 2: Sollten Ihrer Meinung nach homosexuelle Paare dasselbe Recht haben, ihre Beziehung offiziell zu registrieren wie gewöhnliche Paare?



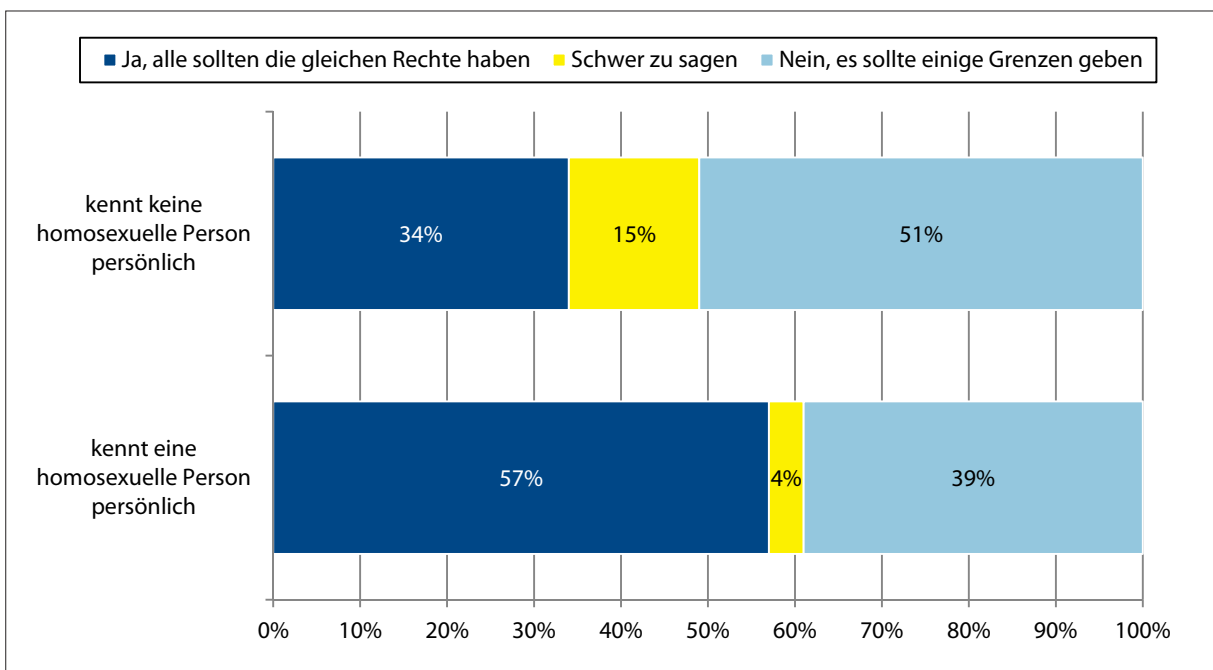
Quelle: Repräsentative Umfrage der Organisation »Nasch Mir«, <http://www.gay.org.ua>

Grafik 3: Denken Sie, dass homosexuelle Paare das Recht haben, Kinder aufzuziehen?



Quelle: Repräsentative Umfrage der Organisation »Nasch Mir«, <http://www.gay.org.ua>

Grafik 4: Verteilung der Antworten auf Frage 1, differenziert nach persönlichen Erfahrungen mit Homosexuellen



Quelle: Repräsentative Umfrage der Organisation »Nasch Mir«, <http://www.gay.org.ua>

LGBT und die ukrainische Politik

Interview mit Andrij Majmulachin und Aleksandr Zintschenkow von der LGBT-Organisation

»Nash Mir«, Kiev

Welche Entwicklung hat die Situation für LGBT in den letzten 20 Jahren in der Ukraine genommen?

Andrij Majmulachin: Zur Zeit der Sowjetunion gab es kaum Informationen zu diesem Thema, es war beinahe ein Tabu. Sie wissen sicher, dass in der Sowjetunion Homosexualität unter Strafe stand – bis zu einem Jahr Freiheitsentzug. Mit der Perestroika begannen sich die Dinge natürlich zu ändern: die Ukraine war die erste der ehemaligen Sowjetrepubliken, die nach der Unabhängigkeit diesen Paragraphen abschafften. Das ging ohne besondere öffentliche Aufmerksamkeit vonstatten, einfach weil unsere Politiker begriffen hatten, dass mit einem solchen Strafrecht die Entwicklung demokratischer Werte und die weitere Annäherung an westliche Staaten unmöglich wäre.

Zur gesellschaftlichen Einstellung führt unsere Organisation schon seit 2003 Untersuchungen im Fünfjahresabstand durch, sodass wir in der Lage sind, eine Dynamik zu erkennen. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Homophobie in der Gesellschaft während der letzten zehn Jahre leider gestiegen ist (s. Umfragen auf S. 7–8, d. Red.). In der ersten Umfrage war erkennbar, dass ein Großteil der Menschen keine Vorstellung von Homosexuellen hatte, sie wussten nicht wer diese Menschen sind und was es bedeutet, homosexuell zu sein. Bedauerlicherweise haben sich diese Unentschiedenen mit der Zeit dem homophoben Teil zugeordnet. Es gibt mittlerweile erheblich mehr Informationen zu diesem Thema, und auch die Politik hat sich in letzter Zeit dazu geäußert – vor allem negativ.

Unsere Gesellschaft ist nicht aggressiv homophob, Homophobie ist meist nur latent vorhanden. Das heißt, dass die meisten Menschen wahrscheinlich ungern mit Gay-Paraden oder Homosexualität in den Medien konfrontiert werden, gleichzeitig aber jedem das Recht zugestehen, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu führen. Das hängt jedoch ab von der jeweiligen Position der Politiker und der Kirchen. Die Politik hat sich in letzter Zeit ziemlich homophob positioniert.

Aleksandr Zintschenkow: Vor zehn Jahren waren Kenntnisse über LGBT bereits weit verbreitet, viele hatten sich aber noch nicht für eine positive oder negative Haltung entschieden. Im Jahr 2006 jedoch begann eine ziemlich breit angelegte und strukturierte Gegenbewegung. Die ging vor allem von der Kirche und einigen Organisationen aus, die sich auf Homophobie »spezialisierten«. Leider funktioniert Politik in der Ukraine so, dass Politiker dem Elektorat nach dem Mund reden und alles tun, um es zu befriedigen. In den letzten sechs, sieben Jahren haben die Kirche und diese Organisationen ziemlich erfolgreich in der Gesellschaft Homophobie gesät. Das zeigen auch die Umfragen – ein Teil der Gesellschaft hat sich radikalisiert. Auch physische Übergriffe auf LGBT, wie beim Gay-Pride vor einem Jahr, sind Realität geworden.

Nutzt Ihrer Ansicht nach die Politik latent vorhandene Einstellungen in der Gesellschaft oder sucht sie diese durch Beeinflussung zu erzeugen?

Aleksandr Zintschenkow: Es ist eine Art Teufelskreis. Sie haben, vor allem mithilfe der Kirche, in den letzten zehn Jahren die Homophobie in der Gesellschaft gestärkt, und behaupten jetzt, die Gesellschaft sei homophob und man müsse die traditionellen Werte schützen.

Kann man hier von einer aktiven Kooperation von Kirche und Politik sprechen?

Aleksandr Zintschenkow: Auf jeden Fall. Das ist übrigens nicht nur auf dem Gebiet der Homophobie der Fall. In der letzten Zeit hat die Kirche – nach russischem Beispiel – einen immer größeren Einfluss auf die Politik gewonnen. In Russland ist das für jeden offensichtlich, aber auch hier gibt es diese Tendenz.

Andrij Majmulachin: Wie in Russland auch wird das Thema hier genutzt, um auf möglichst einfache Art und Weise Wähler zu gewinnen und sich gegen Europa zu wenden. Die Schwachen zu schlagen, ist immer die einfachste Art, Stärke zu zeigen. Und hier wird das Thema genutzt, um zu demonstrieren, dass Europa uns etwas aufzwingen will.

Denken Sie, dass die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens für LGBT etwas ändern wird?

Aleksandr Zintschenkow: Das ist ein langwieriger Prozess. Zunächst wird sich das Land, wird sich die Gesellschaft ändern müssen, bevor sich das auf die Situation von LGBT auswirken kann. Man kann nicht sagen, dass das Assoziationsabkommen unterzeichnet wird und dadurch ab 2014 sich alles zum Positiven ändern wird.

Andrij Majmulachin: Trotzdem ist der Prozess der Europäischen Integration, der dadurch in Gang gesetzt wird, für uns enorm wichtig. Russland ist die Meinung Europas völlig gleichgültig. Das hat die Verabschiedung des letzten homophoben Gesetzes gezeigt. Hier hingegen wird das Thema zum politischen Handel eingesetzt.

Aleksandr Zintschenkow: Das Antidiskriminierungsgesetz, das vom Ministerkabinett eingebracht wurde, um die Diskriminierung auch nach sexueller Orientierung unter anderem am Arbeitsplatz zu unterbinden, wird von nach Russland orientierten Politikern genutzt, um gegen die Annäherung an Europa Stimmung zu machen. Es wird gesagt, dass dieses Gesetz uns gleichgeschlechtliche Ehen aufzwingt, obwohl es auf den Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz abzielt. Dies geschieht vor allem von Seiten der Kommunisten – sie hätten jedoch nicht eine solche Reichweite, wenn sie dabei nicht von der Partei der Regionen unterstützt würden. Dieses Tandem wirkt vor allem auf die Wählerschaft im dicht besiedelten Osten und Süden des Landes ein.

Andrij Majmulachin: Die LGBT-Karte wird immer öfter ausgespielt. Erst gestern hat die Kommunistische Partei ihre antieuropäischen Werbeclips vorgestellt. In einem der Clips kommt ein Junge – die Ukraine – zu einem Mädchen und bittet um Einlass ins europäische Haus. Das Mädchen beginnt, ihm die Lippen anzumalen und ihm Bänder ins Haar zu flechten. Der Junge lehnt daraufhin ab und sagt, so wolle er nicht werden. Hier sieht man deutlich, wie sich das Thema für gewöhnliche Wähler darstellt.

Beim Thema Europäische Integration sollte man auch über die Partei Swoboda (»Freiheit«) sprechen. Diese Partei sucht – zumindest rhetorisch – aktiv den Anschluss an Europa, ist gleichzeitig jedoch eine der sozial konservativsten Kräfte, vor allem in Bezug auf LGBT. Liegt ihrer Ansicht nach eine Gefahr darin, dass der Preis für einen effektiven Kampf für mehr Europäische Integration eine Zusammenarbeit mit Swoboda sein könnte, und dass diesen Preis möglicherweise LGBT bezahlen?

Aleksandr Zintschenkow: Ja. Die Partei ist am anderen Ende des Spektrums und gleichzeitig genauso homophob wie die Kommunistische Partei. Sie hat im Osten keine Unterstützer und orientiert sich in Richtung Europa, obwohl ich keine Europäischen Werte in ihrem Programm erkennen kann. Das ist eine nationalistische, um nicht zu sagen ultrarechte Partei, die in Westeuropa ihre Entsprechungen hat, an denen sie sich orientiert.

Leider hat Swoboda während der letzten Parlamentswahlen (im Oktober 2012, d. Red.) unerwartet viele Stimmen erhalten. Jetzt versucht sie, sich an die Macht anzunähern und ihren Einfluss im Parlament zu stärken. Andere Entwicklungsmöglichkeiten als die Orientierung nach Westen hat sie nicht: Im Osten ist sie völlig abgeschlagen. Eventuell gibt es hier die Möglichkeit, auf sie einzuwirken, und über die Europäische Integration auch in dieser Partei demokratische Werte und Respekt vor dem Individuum zu etablieren. Versuchen kann man es, doch in der Parteiführung sitzen ultrarechte Personen, mit denen der Dialog äußerst schwierig ist. Swoboda ist Initiator auch physischer Angriffe auf LGBT, sodass wir sie bisher nicht als möglichen Partner sehen, sondern, im Gegenteil, als Kraft, die gegen uns steht.

Andrij Majmulachin: Im Gegensatz zur Partei der Regionen, die sich auf Ebene des Parteiprogramms mit LGBT-Feindlichkeit zurückhält, hat Swoboda übrigens als einzige außer den Kommunisten Homophobie in ihrem Programm festgeschrieben.

Gibt es in der politischen Landschaft eine Kraft, in der Sie einen Partner sehen?

Aleksandr Zintschenkow: Das können nur Einzelpersonen sein. Die toleranteste Einstellung zu LGBT-Fragen hat wohl die Partei UDAR. In dieser Partei gibt es eine Abgeordnete, Irina Geraschtschenko, sie ist stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Europäische Integration. In einem Interview hat sie heute darauf hingewiesen, dass ohne das Antidiskriminierungsgesetz kein Fortschritt in der Visaliberalisierung erreicht wird, und dass wir nicht zurückschauen sondern uns an demokratischen Maßstäben orientieren sollten. Doch das sind nur Einzelercheinungen. Sogar Klitschko hat sich nie direkt zu LGBT geäußert sondern auf Nachfragen von Journalisten bloß allgemein seine Unterstützung europäischer Werte kundgetan. Weder er noch seine Partei sind also besonders aktiv in der Unterstützung.

Andrij Majmulachin: Hier muss man sehen, dass eine aktive Fürsprache in LGBT-Fragen heute dem politischen Tod gleichkommt. Klitschko hat offenbar vor, sich um das Präsidentenamt zu bewerben, und ist wahrscheinlich einfach vorsichtig.

Im Moment ist diese Thematik offensichtlich vor allem eine Machtfrage. Wie schätzen Sie die Zukunft und die Perspektive einer langsamen Werteliberalisierung im Zuge der Globalisierung ein?

Andrij Majmulachin: Die prinzipielle Frage ist: Wird sich die Ukraine tatsächlich nach Westen orientieren? In diesem Falle bestehen gute Chancen, dass auch dieses Thema mit der Zeit normaler aufgefasst und diskutiert wird, ausgehend von der jungen Generation und denen, die Zeit im Ausland verbracht haben. Wenn die Ukraine sich jedoch zurück in die Arme Russlands begibt, wäre das natürlich eine Sackgasse für die LGBT-Bewegung...

Aleksandr Zintschenkow: ...doch sogar in Russland sind Veränderungen und kleine Unterstützungen für LGBT zu beobachten. Aleksej Nawalnyj, Kandidat für das Bürgermeisteramt in Moskau, hat mehrfach auf die Einhaltung von Menschenrechten und explizit die Rechte von LGBT gedrungen. Und sogar dann, wenn die Ukraine in die Zollunion eintritt, wird es gewisse Einflüsse der westlichen Welt geben, die hier einen positiven Einfluss haben können. Umso mehr, als in der Ukraine in der Zeit der Unabhängigkeit stärkere demokratische Werte wachsen konnten als in derselben Periode in Russland.

Andrij Majmulachin: Unser Parlament jedoch versucht bis heute, das Antidiskriminierungsgesetz mit Händen und Füßen abzuwehren. Im Moment werden alle proeuropäischen Gesetze angenommen, wahrscheinlich werden sie sogar Julija Tymoschenko freilassen. Doch eine Gruppe Parlamentarier ist vor kurzem nach Brüssel gefahren, um darum zu bitten, dieses eine Gesetz von der Agenda zu nehmen. Das liegt daran, dass kein Parlamentarier vor den anderen als Unterstützer dastehen will, und fürchtet, das könnte gegen ihn verwendet werden. Ein Teufelskreis.

Es gibt aber andererseits erste Anzeichen für die Möglichkeit einer positiven Veränderung. Bei einer Rede hat der Präsident Wiktor Janukowytsch unter anderem die LGBT-Bewegung als besonders progressiv und erfolgreich gewürdigt. Das heißt, kleine Bewegungen gibt es doch.

Interview und Übersetzung aus dem Russischen: Jan Matti Dollbaum

Vom 25. Juni bis 24. September 2013

26.06.2013	Serhyj Wlasenko, Anwalt der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, erklärt, dass seine Mandantin nicht in Gesprächen mit der politischen Führung des Landes sei und Präsident Wiktor Janukowytsh nicht um Begnadigung bitten werde.
27.06.2013	In einer repräsentativen Umfrage unter der ukrainischen Bevölkerung erklären 55 % der Befragten, dass sie sich nicht für Europäer halten. 34 % – insbesondere jüngere Menschen, Bewohner westlicher Regionen und Wähler der Parteien Freiheit und UDAR – halten sich für Europäer.
28.06.2013	Die rechte Partei Freiheit schlägt vor, ein landesweites Referendum über den Status der Krim abzuhalten. Die Krim genießt seit der Unabhängigkeit der Ukraine eine weitgehende administrative Autonomie. Die Partei Freiheit schlägt in dem präsentierten Referendum vor, den Autonomiestatus abzuschaffen und die Krim in die »Tawritscheska Oblast« umzuwandeln.
28.06.2013	Mit einer Reihe offizieller Festlichkeiten wird in Kiew der Tag der Verfassung begangen.
01.07.2013	Der litauische Botschafter in der Ukraine, Petras Vaitiekunas, erklärt die Unterzeichnung des Assoziationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU auf dem Gipfel Ende November in Vilnius zur obersten Priorität Litauens während seiner EU-Ratspräsidentschaft.
01.07.2013	Die vereinfachte Visaregelung zwischen der EU und der Ukraine tritt in Kraft (siehe auch Ukraine-Analysen Nr. 118).
01.07.2013	Im Ort Wradiwka in der Region Mykolaewskij kommt es zu einem Angriff einiger Dorfbewohner auf die örtliche Polizeiwache, bei dem zehn Polizisten verletzt werden und Tränengas zum Einsatz kommt. Zuvor war eine junge Frau aus dem Ort mit zahlreichen Verletzungen ins örtliche Krankenhaus eingeliefert worden. Sie beschuldigt zwei Polizisten, sie geschlagen und vergewaltigt zu haben.
02.07.2013	Präsident Wiktor Janukowytsh übernimmt für die Aufklärung des Verbrechens in der Region Mykolaewskij »persönliche Verantwortung«. Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka suspendiert den verantwortlichen Staatsanwalt wegen Verschleppung der Aufklärung. Der regionale Polizeichef wird ebenfalls entlassen.
03.07.2013	Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak von der Partei der Regionen hebt die Gültigkeit der Abstimmungskarten und damit de facto die Mandate der Abgeordneten Oleksandr Dombrowskij und Pawel Baloga auf. Dombrowskij war fraktionsloser Abgeordneter, Baloga Teil der Fraktion der Partei der Regionen, hatte jedoch seinen Austritt aus der Fraktion eingereicht. Das höchste Verwaltungsgericht der Ukraine hatte den Mandatsentzug angeordnet, da nach Ansicht des Gerichts in den beiden Wahlbezirken Nr. 11 und Nr. 71, in denen die beiden Abgeordnete bei den Wahlen im Oktober vergangenen Jahres als Sieger hervorgegangen waren, keine eindeutigen Wahlergebnisse festgestellt werden konnten.
04.07.2013	Oleksandr Efremow, Fraktionsvorsitzender der Partei der Regionen, erklärt, seine Partei werde für die Anordnung von Neuwahlen im Dezember in den fünf sogenannten Problembezirken Nr. 94, 132, 194, 197 und 223, sowie in den Bezirken Nr. 11 und 71 eintreten. In den ersten fünf waren bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 Unregelmäßigkeiten bei der Stimmzählung aufgetreten. Neuwahlen in diesen Bezirken sind eine Forderung der EU. Die Ergebnisse der Einerwahlkreise Nr. 11 und 71 waren erst kürzlich vom höchsten Verwaltungsgericht für ungültig erklärt worden (s.o.).
04.07.2013	Oleksandr Efremow, Fraktionsvorsitzender der Partei der Regionen, kündigt im Parlament den Auftritt des Präsidenten Wiktor Janukowytsh für den 3. September an. Janukowytshs Rede im Parlament war für den 5. Juli vorgesehen gewesen und auch zuvor schon mehrfach verschoben worden.
05.07.2013	Das Parlament beendet seine zweite Sitzungsperiode. In seiner Schlussbemerkung erklärt Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak, die Effektivität der parlamentarischen Arbeit könne »kaum zufriedenstellend« genannt werden. Als Gründe gibt er die Lagerbildung für die Präsidentschaftswahlen 2015 und die neue Zusammensetzung des Parlaments mit zwei Dritteln unerfahrener Abgeordneter an. Die dritte Sitzungsperiode beginnt am 3. September.
05.07.2013	Präsident Wiktor Janukowytsh verabschiedet das Kooperationsprogramm mit der NATO für das Jahr 2013.
07.07.2013	In Sewastopol wird das Mandat für den Wahlkreis Nr. 224 durch Nachwahl neu vergeben. Mandatsträger Pawlo Lebedew von der Partei der Regionen war im März dieses Jahres zum Verteidigungsminister ernannt worden und hatte dadurch sein Mandat verloren. An seine Stelle rückt der neu gewählte Unternehmer Wadym Nowynskij, der erst ein Jahr zuvor von Präsident Janukowytsh für Verdienste an der Ukraine die Staatsbürgerschaft erhalten hatte. Nach eigenen Angaben vor der Wahl ist er im Falle eines Wahlsiegs bereit, in die Partei der Regionen einzutreten.

08.07.2013	Inna Schewtschenko von der feministischen Protestgruppe FEMEN erhält politisches Asyl in Frankreich. Sie hatte am 17. August 2012 auf dem Majdan Nesaleschnosti in Kiew ein hölzernes Kreuz mit einer Motorsäge abgetrennt und angegeben, damit die in Russland inhaftierten Mitglieder der Punkband Pussy Riot unterstützen zu wollen. Die ukrainische Staatsanwaltschaft hatte daraufhin Anklage wegen »Hooliganismus« erhoben.
09.07.2013	Laut einer Umfrage von Transparency International haben im letzten Jahr 35 % aller Ukrainer eine Bestechungszahlung geleistet.
09.07.2013	Über 2000 Radfahrer übergeben in Kiew eine Petition an Präsident Wiktor Janukowytsh und Ministerpräsident Mykola Asarow, in der sie bessere Bedingungen für städtisches Radfahren fordern, wie z. B. die Reduktion der innerstädtischen Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h und den Ausbau von Radwegen.
10.07.2013	Im ukrainischen Parlament gibt es laut der Zeitung »Kommersant« keine Mehrheit für das Antidiskriminierungsgesetz, das insbesondere sexuelle Minderheiten schützen soll. Ein solches Gesetz ist Teil der Forderungen der EU im Rahmen des Prozesses der Visaliberalisierung. Alternativ wird diskutiert, die Forderung durch eine Bestätigung des Verfassungsgerichts über die gesetzliche Gleichheit aller Bürger zu erfüllen.
12.07.2013	Abgeordnete der Oppositionsfraktionen der Parteien Vaterland, Swoboda und UDAR blockieren das Kiewer Stadtparlament, nachdem zuvor mehrere Schlägereien zwischen Abgeordneten ausgebrochen waren. Die Mandate der Abgeordneten waren vom Verfassungsgericht bis 2015 verlängert worden, um die Stadtratswahlen mit dem regulären Wahlturnus in Einklang zu bringen. Diesen Schritt hatte die Opposition scharf kritisiert. Seitdem ruft sie zur Blockade der Arbeit des ihrer Ansicht nach illegitimen Stadtrats auf (Näheres s. UkraineAnalysen Nr. 118).
12.07.2013	Im russischen Sotschi findet ein Arbeitstreffen der Premierminister Russlands und der Ukraine, Dimitrij Medwedew und Mykola Asarow, statt.
15.07.2013	Der Milliardär Wadym Nowynskij wird zum offiziellen Sieger der Nachwahlen im Wahlkreis Nr. 224 (Sewastopol) erklärt.
16.07.2013	In der Ukraine wird der 23. Jahrestag der Erklärung nationaler Souveränität begangen.
18.07.2013	Auf dem Majdan in Kiew schlagen Protestierende zwei Zelte auf. Zuvor war eine Demonstration gegen polizeiliche Willkür durch die Stadt gezogen. Anlass ist die Vergewaltigung einer jungen Frau in Wradiewka, mutmaßlich durch Angehörige der lokalen Polizeidienststelle. Unter den Forderungen der Demonstranten ist auch der Rücktritt des Innenministers Wytalij Sachartschenko. Dieser gibt an, der Protest sei »politisiert«.
19.07.2013	In den frühen Morgenstunden wird die Versammlung auf dem Majdan von der Spezialeinheit Berkut geräumt. Sieben der zehn verhafteten Protestierenden erhalten daraufhin eine Geldstrafe. Zwei Fernsehjournalisten des 5. Kanals erleiden Verletzungen.
22.07.2013	Im Berufungsprozess gegen den ersten Stellvertreter des Generalstaatsanwalts Renat Kusmin wird das vorherige Urteil bestätigt. Das Urteil erklärt Kusmin der illegalen Inhaftierung des ehemaligen Innenministers Jurij Luzenko für nicht schuldig. Luzenko verliert damit auch den Berufungsprozess.
24.07.2013	Die Kiewer Staatsanwaltschaft schließt vorzeitig die Ermittlungen im Fall der Attacke jugendlicher Sportler auf zwei Journalisten bei einer Demonstration in Kiew am 18. Mai dieses Jahres. Der Polizei war vorsätzliche Untätigkeit vorgeworfen worden, weswegen die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen hatte. Die Oppositionspartei Vaterland kritisiert die Entscheidung, die Ermittlungen einzustellen.
25.07.2013	Ein Kiewer Gericht untersagt der rechten Partei Freiheit Demonstrationen während des Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche. Sie reisen anlässlich des 1025. Jubiläums der Christianisierung der Rus nach Kiew. Die Partei Freiheit sieht darin eine politische Provokation.
28.07.2013	Hanna Huzol, Vorsitzende der ukrainischen feministischen Gruppe FEMEN, wird in einem Café in Kiew von einem Unbekannten angegriffen. Sie erleidet Kopfverletzungen.
31.07.2013	Das staatliche Energieunternehmen Ernegoatom dementiert Meldungen, nach denen es in einem Atomkraftwerk eine Explosion gegeben habe. Polnische Medien hatten am Vortag über einen Unfall berichtet.
01.08.2013	Die Verteidigung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko reicht beim Höchsten Gericht offiziell Beschwerde gegen das Urteil gegen Tymoschenko ein. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte im Frühjahr die Inhaftierung Tymoschenkos als »willkürlich und rechtswidrig« gerügt.
03.08.2013	Geoffrey Pyatt tritt seinen Dienst als achter Botschafter der USA in der Ukraine an.
04.08.2013	Der Tag der Armee der Ukraine wird begangen. Wiktor Juschtschenko, Präsident von 2005 bis 2010, hatte diesen Feiertag eingeführt.

06.08.2013	Bei einem Unfall in einer Fabrik bei Gorlowk, nördlich von Donetsk, tritt Ammoniak aus. Neun Fabrikarbeiter kommen ums Leben, die umliegenden Gebiete sind nicht betroffen.
08.08.2013	Im Rahmen der offiziellen Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung stellt das Justizministerium ein Gesetzesprojekt vor, welches bereits das einmalige Anbieten einer Bestechungszahlung unter Strafe stellt. Betroffen von dieser Regelung wären nicht nur Staatsbedienstete, sondern auch Beschäftigte in privaten Unternehmen.
12.08.2013	Bei Regionalwahlen auf der Krim erhalten zwei Kandidaten der Partei der Regionen 100 % der abgegebenen Stimmen – in den Wahlkreisen Nr. 8 und 12.
12.08.2013	In einer Umfrage der Research und Branding Group in Kiew geben 33 % der Befragten an, bei einer Bürgermeisterwahl für Witalij Klitschko stimmen zu wollen. Er hat damit eine Mehrheit vor Oleksander Popow (16%) und Petro Poroschenko (11%).
12.08.2013	Abgeordnete der Kommunistischen Partei der Ukraine bringen die Idee eines allukrainischen Referendums über den Eintritt in die Zollunion mit Russland und Kasachstan ins Spiel. Ein solches verbindliches Referendum ist nach aktueller Gesetzeslage möglich, bringt jedoch erheblichen Aufwand für die Initiatoren mit sich.
13.08.2013	Die Ukraine übergibt der Venedig-Kommission des Europarats ein Gesetzesprojekt zur Begutachtung. Der Vorschlag sieht eine Reformierung der Staatsanwaltschaft durch eine Verfassungsänderung vor. Die Reform ist eine der Bedingungen der EU für die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens im November.
14.08.2013	In einer Umfrage auf der Krim geben 39% der Befragten an, dass sie gern zusätzlich zur ukrainischen die russische Staatsbürgerschaft besäßen.
14.08.2013	Russlands Zollbehörden setzen alle ukrainischen Warenimporteure auf eine Risikoliste, was zu erheblich erhöhten Kontrollen an der Grenze führt und de facto ukrainische Waren vom russischen Markt ausschließen kann. Hintergrund ist ein Zollstreit zwischen beiden Ländern über eingeführte russische Zollschränken für ukrainische Schokoladen- und Kohleexporte im Gegenzug für Zollbeschränkungen russischer Automobilexporte in die Ukraine.
16.08.2013	Aktivistinnen der »Allukrainischen Komitees Offensive« verbrennen vor der russischen Botschaft in Kiew russische Produkte und rufen zum Boykott russischer Importe auf.
18.08.2013	Das Kiewer Jaremenko-Institut gibt die Ergebnisse einer Umfrage bekannt. Die Unabhängigkeit des Ukrainischen Staates unterstützen demzufolge in Kiew 89% der Menschen, im Westen – 87%, im Norden – 81%, im Zentrum – 62%, im Süden – 52%, im Osten 42% und auf der Krim – 31%. Der Durchschnitt liegt bei 61% und ist nach Angaben des Instituts in den letzten zwei Jahren um die Hälfte gestiegen.
19.08.2013	Nach Daten der Weltbank nimmt die Ukraine weltweit Platz 151 beim Anteil weiblicher Abgeordneter ein. Einem Anteil von Frauen an der wahlberechtigten Bevölkerung von 65% stehen 9% weibliche Parlamentarier gegenüber.
20.09.2013	Der Vorsitzende der Oppositionspartei UDAR Witalij Klitschko erklärt, dass er erwäge, sich im Jahr 2015 um das Präsidentenamt zu bewerben.
21.09.2013	Die ukrainische Grenzbehörde gibt an, Russland ignoriere das kürzlich ratifizierte Abkommen zur Rücknahme illegal eingewanderter Menschen.
24.08.2013	Die Ukraine begeht offiziell den Tag der Unabhängigkeit. Präsident Wiktor Janukowytsch erklärt in seiner Festtagsrede, das Assoziationsabkommen sei ein wichtiger Schritt für die Ukraine, gleichzeitig solle die ökonomische Integration mit Russland und den eurasischen Staaten fortgeführt werden.
27.08.2013	Die Premierminister Russlands und der Ukraine, Dmitrij Medwedew und Mykola Asarow, treffen in Moskau zu Gesprächen über die Zollstreitigkeiten beider Länder zusammen. Der russische Erste Vizepremier Igor Schuwalow erklärt unterdessen, bei einem Abschluss des Assoziationsabkommens der Ukraine mit der EU, das eine Freihandelszone beinhaltet, würde sich das zur Zeit liberale Zollregime mit Russland verschärfen.
28.08.2013	Das Europäische Parlament kritisiert die russische Blockade ukrainischer Exporte Mitte August und stellt sich im Zollstreit durch die einseitige Einladung ukrainischer Politiker demonstrativ auf die ukrainische Seite.
29.08.2013	Das Kabinett stellt seine Strategie in der Drogenpolitik bis 2020 vor. Danach sollen härtere Strafen auf den Handel mit großen Mengen verbotener Substanzen zur Anwendung kommen, der Besitz kleiner Mengen soll hingegen von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft werden.
30.08.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch erklärt, zur endgültigen Entscheidung über einen Beitritt zur Zollunion mit Russland und Kasachstan oder zur Europäischen Union müsse ein Referendum abgehalten werden.
02.09.2013	Ein Kiewer Kreisgericht verurteilt die mutmaßlichen Täter im Fall des tätlichen Angriffs auf Fernsehjournalisten des 5. Kanals während einer Demonstration in Kiew am 18. Mai dieses Jahres zu Bewährungsstrafen.

02.09.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch ersetzt ohne Angabe von Gründen sieben regionale Vorsteher des Inlandsgeheimdienstes SBU. Zudem vergibt er den Posten des Vorsitzenden des obersten Ermittlungskomitees des Dienstes an Maksim Lenko. Dieser stammt, wie Janukowytsch, aus der Region Donetsk.
03.09.2013	In einer Rede vor dem Parlament ruft Präsident Wiktor Janukowytsch die Abgeordneten aller Fraktionen dazu auf, gemeinsam die Gesetze zu verabschieden, die eine Bedingung der EU für die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens darstellen. Das Parlament hatte an diesem Dienstag seine Arbeit nach der Sommerpause wiederaufgenommen.
03.09.2013	Ein Verwaltungsgericht verbietet der Kommunistischen Partei die Sammlung von Unterschriften für ein Referendum über den Beitritt zur Zollunion mit Russland, Kasachstan und Belarus.
04.09.2013	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Interview am Rande des G20-Gipfels in St. Petersburg, dass ein »beträchtlicher Teil« des ukrainischen Volkes die Unabhängigkeit der Ukraine wünsche. Dies sei zu respektieren. Zuvor hatte Putin in Anspielung auf eine mögliche Unterzeichnung des Assoziationsabkommens der Ukraine mit der EU erklärt, egal in welche Richtung die Ukraine sich wende, man werde sich sicher wiedertreffen.
04.09.2013	Der Vorsitzende der rechten Partei Freiheit, Oleh Tjahnybok, trifft den neuen Botschafter der USA, Geoffrey Pyatt zu einem Gespräch über die Europäische Integration der Ukraine.
05.09.2013	Das Parlament verabschiedet mit den Stimmen der Opposition zwei Gesetze, die als Bedingung zur Unterzeichnung des Assoziationsabkommens gelten: ein Gesetz zur Verbesserung der Haftbedingungen und eines zur Auszahlung von gerichtlich angeordneten Kompensationsleistungen.
05.09.2013	Das Parlament einigt sich auf ein Datum zur Durchführung von Neuwahlen in den sogenannten »Problemwahlkreisen« Nr. 94, 132, 194, 197 und 223, in denen es bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 zu Unregelmäßigkeiten gekommen war. Die Wahlen sollen am 15. Dezember dieses Jahres stattfinden.
06.09.2013	Das höchste Zivilgericht lehnt die Anfrage Julija Tymoschenkos ab, ihr Urteil zu überprüfen. Die ehemalige Ministerpräsidentin hatte Beschwerde eingereicht, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Verfahrensverstöße angemahnt hatte.
07.09.2013	Amnesty International zeigt sich besorgt angesichts des Versuchs einer Gruppe von Abgeordneten, in Gesprächen in Brüssel zu erreichen, dass die Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes von der Liste der Bedingungen für ein Visaliberalisierungsabkommen gestrichen wird (siehe Interview in dieser Ausgabe).
11.09.2013	Nach Inkrafttreten der neuen Strafprozessordnung beträgt die Anzahl der mit Freispruch endenden Gerichtsverfahren in diesem Jahr mit 430 bereits das Vierfache des Werts aus dem letzten Jahr.
12.09.2013	Ein russisches Gericht weist die Beschwerde eines ukrainischen Fischers gegen seine Anklage ab. Das Urteil steht im Zusammenhang mit einem Vorfall auf dem Asowschen Meer, der für Spannungen zwischen der Ukraine und Russland gesorgt hatte. Am 17. Juli war ein ukrainisches Fischerboot mit einem Schiff der russischen Küstenwache zusammengestoßen. Vier Fischer waren dabei ums Leben gekommen, einer konnte gerettet werden. Wegen unerlaubten Eindringens in russische Hoheitsgewässer drohen ihm bis zu zwei Jahre Gefängnis.
12.09.2013	Das höchste Verwaltungsgericht ordnet an, dass dem Abgeordneten Ihor Markow von der Partei der Regionen das Mandat entzogen werde. Als Grund wird angegeben, dass seine Wahl im Wahlkreis Nr. 133 durch Fälschungen zustande gekommen sei.
12.09.2013	Das Europäische Parlament kritisiert in einer Resolution die Versuche Russlands »durch Energiepreise auf freie Entscheidungen von Staaten« Einfluss zu nehmen.
15.09.2013	Der ehemalige russische Vize-Premierminister Wladislaw Surkow, »Polit-Technologe« und Erfinder des Begriffs »souveräne Demokratie«, der vor wenigen Monaten aus seinem Dienst im Kreml entlassen worden war, kehrt als Berater Wladimir Putins zurück – als strategischer Planer der Beziehungen Russlands zur Ukraine.
16.09.2013	Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wird in der ganzen Ukraine auf das Verschwinden des Journalisten Georgij Gongadse aufmerksam gemacht, das sich heute zum 13. Mal jährt.
17.09.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt den Verfassungsrichter Wolodymyr Kampo und ernennt an seiner Stelle Oleksandr Kasminin. Dieser war zuvor Vorsitzender des Berufungsgerichts in der Region Poltawa.
17.09.2013	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, nach dem künftig auch Obdachlose an Wahlen teilnehmen können.
18.09.2013	Nach Anordnung des Präsidenten Wiktor Janukowytsch berät das Parlament über die Entsendung von 300 Soldaten in die Demokratische Republik Kongo zur Teilnahme an der dortigen UN-Mission.
18.09.2013	Das Ministerkabinett spricht sich offiziell und einstimmig für die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU aus.

20.09.2013	Zum zehnten Mal wird in Jalta die von dem ukrainischen Oligarchen Wiktor Pintschuk finanzierte Konferenz »Jalta European Strategy« eröffnet, bei der u. a. Bill Clinton, Tony Blair und Hillary Clinton als Gastredner auftreten. Im Gegensatz zu vergangenen Jahren wird das Treffen in diesem Jahr von der russischen Seite nahezu ignoriert.
21.09.2013	Außenminister Leonid Koschara erklärt, dass seit 2011 aus ukrainischen Häfen keine Waffen nach Syrien geliefert worden seien.
24.09.2013	Das Verfassungsgericht erklärt eine Gesetzänderung für rechtens, nach der Richter anstatt für eine Periode von fünf Jahren auf Lebenszeit ernannt werden.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de